

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Liederung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarum Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: F 7, Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 167 B

BERLIN • Dienstag, den 19. Juli 1932

1. JAHRGANG

Die Blutbahn der SA.

Allgemeines Demonstrationsverbot für das Reich.

Der Arbeitsdienst.

Auf dem Wege vom freiwilligen Arbeitsdienst zur Arbeitsdienstpflicht.

Von Hellmut Rauschenplat.

Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. . . .

(Reichsverfassung, Artikel 163.)

Der Reichsarbeitsminister Schäffer war am Sonnabend in seiner Rundfunkrede über den freiwilligen Arbeitsdienst so unvorsichtig, zu erwähnen, daß die Reichsverfassung außer dem Artikel 48 noch andere Artikel enthält. Er führte den oben wiedergegebenen Satz an, war aber so vorsichtig, den nächsten Satz nicht mit zu nennen: „Soweit ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt.“ Denn dafür sorgt die Junker-Regierung weniger als ihre Vorgänger.

Schäffer erläuterte in seiner Rundfunkrede die am Sonnabend erlassene Verordnung der Reichsregierung, deren Zweck in der Verordnung so beschrieben wird: „Der freiwillige Arbeitsdienst gibt den jungen Deutschen die Gelegenheit, zum Nutzen der Gesamtheit in gemeinsamem Dienste freiwillig ernste Arbeit zu leisten und sich zugleich körperlich und geistig-sittlich zu ertüchtigen.“

Aus dem Inhalt der Verordnung.

Die Arbeiten des freiwilligen Arbeitsdienstes müssen gemeinnützig und zusätzlich sein; sie dürfen nicht zu einer Verringerung der Arbeitsgelegenheiten auf dem freien Arbeitsmarkt führen.

Träger der Arbeiten sind öffentliche Körperschaften oder sonstige Vereinigungen, die gemeinnützige Zwecke verfolgen. Diesen wird es auch obliegen, für das Vorhandensein von geeigneten Arbeiten zu sorgen. Als Träger des Dienstes kommen neben den Trägern der Arbeit Vereinigungen in Betracht, die sich in besonderem Maße für die Betreuung der Arbeitsdienstwilligen eignen. (Die Regierung denkt an Jugendgruppen aller Art, auch solche der Parteien.)

In erster Linie sollen junge Deutsche unter 25 Jahren bedacht werden, und zwar von diesen wieder besonders Arbeitslose, die aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden. Daneben kommen aber auch Nichtarbeitnehmer in Betracht. (Gedacht ist an Studenten und Bauernsöhne.)

Um eine möglichst einfache und sparsame Durchführung des freiwilligen Arbeitsdienstes sicherzustellen, werden die für diesen Zweck bereitstehenden Reichsmittel und Mittel der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung einheitlich zusammengefaßt und verwaltet. Um die einheitliche Leitung zu gewährleisten, wird die Reichsregierung einen Reichskommissar, der dem Reichsarbeitsminister untersteht, ernennen. Als Reichskommissar ist der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Dr. Syrup, in Aussicht genommen. Ein neuer Behördenapparat wird nicht geschaffen. Vielmehr stehen die Einrichtungen der Reichsanstalt zur Verfügung.

Vorstufe zur Arbeitsdienstpflicht!

Zur Verordnung gibt die Reichsregierung folgende Erklärung ab: Die Regierung „behält sich vor, diese entwicklungs-fähige und förderungswürdige Einrichtung, unter Berücksichtigung der kommenden Erfahrungen weiter auszubauen. Der Reichskommissar wird beauftragt, über seine Erfahrungen zu berichten und ein Gutachten über die notwendigen Voraussetzungen und die zweckmäßige Form einer Arbeitsdienstpflicht zu erstatten. Das Gutachten wird der Öffentlichkeit zur Beurteilung zugehen.“

Grundsatz: Keine Arbeit, die den Notleidenden nützt!

Der Reichsarbeitsminister nennt beispielsweise als „gemeinnützige und zusätzliche Arbeiten“: Die Anlage und Verbesserung von Dorfstraßen, Feld- und Waldwegen, die Ausrichtung kleiner Flußläufe, Befestigung und Schutz der Ufer von Bächen und Flüssen, Gewinnung und Verbesserung von Boden durch Kultivierung von Moor und Heide für Acker- und Gartenbau, Zuschüttung von Sümpfen und Altwässern, Aufforstung von Oedländern, ferner Aufräumarbeiten zur Erschließung von Steinbrüchen, Kies- und Sandgruben, Planierung und Urbarmachung von Siedlungsgelände

Reichsregierung erfüllt Hitlers Wünsche.

Wie wir hören, soll noch im Laufe des Montag durch den Reichsminister des Innern ein allgemeines Verbot von Kundgebungen und Aufzügen unter freiem Himmel für das gesamte Reichsgebiet verhängt werden.

Wie wir soeben aus Kreisen des Reichsinnenministeriums erfahren, plant die Regierung, das

Demonstrationsverbot nur als ersten Schritt einzuführen. Sie erwägt insbesondere, ob nicht diejenigen, die bei Straßenkämpfen mit der Waffe in der Hand angetroffen werden,

an die Wand gestellt

worden sollen. Die Verkündung solcher Urteile soll aber durch Zivilgerichte erfolgen. Die Verhängung des Ausnahmezustandes oder des Standrechts ist vorläufig nicht geplant.

Das Reichsinnenministerium erklärt, daß

für die Regierung die Kommunistische Partei diejenige Organisation darstelle, die der Regierung am meisten zu schaffen macht

und für die die geplante Neuregelung insbesondere gelten würde.

Täglich wachsende Mordlust.

Eine Aufforderung an die Nordmark.

Vor einigen Tagen erging folgender SA-Befehl:

„Gruppe Nordmark. I-Nr. 153/V. 605.

Die täglichen Mordtaten, an SS- und SA-Kameraden lassen darauf schließen, daß sowjetrusische Provokateure in Deutschland sind, um die Massen aufzuhetzen. In nächster Zeit wird der Führer mit der Aufhebung des Verbots des Waffentragens diesen Mordbanditen antworten. Im Bereich der Gruppe Nord habe ich nichts dagegen einzuwenden, wenn die Unterführer von jetzt ab nicht mehr die SA-Leute untersuchen, sondern im Gegenteil, aber nicht persönlich (am besten ist es durch Mittelsmänner), der SA-M zu verstehen geben, daß sie mit gleichen Waffen sich wehren, womit sie angegriffen werden.

Osa-Stellvertreter Nordmark: gez. Schöne, Oberführer.“

Eine Straßenschlacht in der Nordmark.

12 Tote, 56 Verletzte am Sonntag in Altona.

Dies ist das blutige Resultat einer Schlacht, die sich anlässlich eines Durchmarsches Tausender von SA-Leuten durch die Arbeiterstraßen Altonas ereignete. Wie kam es zu der Schießerei? Wer gab die ersten Schüsse ab?

Soviel läßt sich jedenfalls sagen: 1. Die SA hatte bei ihrem Marsch durch Altona den Weg durch Arbeiterstraßen gewählt. 2. Unter den zehn Toten, die die NSDAP am Sonntag abend an den Reichsinnenminister meldete, war ein SA-Mann, die übrigen neun Toten waren keine SA-Leute.

Den Anfang der Straßenschlacht schildert der Berichtstatter der „Neuen Montags-Zeitung“ folgendermaßen:

„Um 5 Uhr erreichte der Zug die Arbeiterviertel, wo die SA-Leute sich besonders provokatorisch benahmen. Die Bewohner antworteten mit Gegendemonstrationen. Darauf machten die SA-Leute den Versuch, in die Häuser einzudringen und Strafexpeditionen durchzuführen. Sie wurden mit Feuer empfangen.“

Die Berichte rechtsstehender Agenturen und der Polizeibericht fangen erst an bei dem, was jetzt folgt: Schießerei von Dächern, Balkonen und aus Kellern; Polizei und SA antworten mit Schüssen in die Fenster. Laut Polizeibericht sind etwa 150 Schüsse gewechselt worden.

Nach Abschließen und Auflösen des SA-Zuges gingen die Kämpfe zwischen Arbeitern und Polizei weiter: Aufreißen von Straßenpflaster, Errichtung von Barrikaden aus Kohlenwagen und umgeworfenen Straßenbahnwagen. Die Polizei setzte Panzerwagen ein.

Weitere Meldungen über den Blutausch der SA bringen wir im Innern der Zeitung.

Es liegt in der Natur der Sache, so ekelhaft diese auch sein mag, daß an den Kopf einer Zeitung seit Wochen eine Meldung über die erfolgten Morde gestellt werden muß.

Wir sind mit allen im Augenblick wesentlichen Erscheinungen aus Politik, Wirtschaft und Kultur so weit vom Wesen eines Rechtsstaates entfernt, wie kaum jemals zuvor. Die Frage wird für die Arbeiterschaft brennend, da die Polizei, die in dem größten Lande Deutschlands sogar von Severing befehligt wird, nicht aktiv genug gegen die SA vorgeht, und da die Gerichte aller Schattierungen in eine immer hemmungslosere Klassenjustiz verfallen, ob es nicht an der Zeit ist, daß die Arbeiterschaft gegen das Mordgesindel der SA zur Selbsthilfe schreitet. Selbstverständlich wäre für diesen Akt eine absolut geschlossene Front der Arbeiterschaft unerlässlich. Aber für wie verschieden nötig man den aktiven Selbstschutz der Arbeiterschaft auch halten mag, uns scheint auf jeden Fall abwegig zu sein, was der „Vorwärts“ im Sonntags-Leitartikel über den Bürgerkrieg äußert. Nach einer Schilderung der furchtbaren Zustände in Deutschland heißt es im „Vorwärts“ so:

„Dies ausgesprochen, damit jedermann weiß, woran er ist, möchten wir aber auch davor warnen — nicht die organisierten Arbeiter, die sind im Bilde —, die Aufrufe der KPD zu Protest- und Gewaltstreiks von mehr oder weniger kurzer Dauer aus irgend einem Anlaß erst zu nehmen.“

Wir lassen diese letzte, entscheidende Waffe des Proletariats nicht durch Pflücker abstumpfen. Ob und wann sie einzusetzen ist, darüber entscheiden allein die verantwortlichen Organisationen. Sie werden, wenn es um die Lebens- und Grundrechte der Arbeiterklasse geht, ohne zu zaudern mit der vollen Wucht der Organisationen zuschlagen.“

Wir stellen die Frage an den „Vorwärts“: Geht es nicht bereits um die Lebens- und Grundrechte der Arbeiterklasse? Ist der Bürgerkrieg nicht bereits längst in vollem Gange? Und hat der „Vorwärts“ vielleicht vergessen, daß man jedenfalls in die Leitung der Sozialdemokratischen Partei nicht das Vertrauen setzen darf, daß sie weiß, wann es für Sozialisten nötig ist, die Organisation der Arbeiterschaft einzusetzen? Es war bekanntlich Ebert, der als Streikabwürger auftrat, und es war Noske, der die Empörung der Arbeiter im Kriege „abzuwiegeln“ versuchte, und es war Severing, der geradezu ein Muster für die Abwürgung von Arbeiterstreitigkeiten zu Gunsten der Unternehmer geschaffen hat. Gegenüber solchen Erfahrungen noch damit zu protzen, daß die hinter dem „Vorwärts“ stehenden Organisationen schon rechtzeitig eingreifen werden, ist eine unberechtigte Selbstbespiegelung.

Der „Vorwärts“ hätte besser daran getan, zusammen mit den Leitungen der anderen Arbeiterorganisationen sich darüber zu verständigen, wann die rechte Zeit für den Schutz der Arbeiterschaft gekommen ist. Uns scheint sie — wie gesagt — schon da zu sein. Und auch viele Sozialdemokraten — mehr als der „Vorwärts“ ahnt — sind der gleichen Meinung!

Das Geheimnis der freien Gemeinschaft.

Die Gemeinschaft der im Arbeitsdienst stehenden Leute wird nach Herrn Schäffer so aussehen: Der freiwillige Arbeitsdienst begründet kein Dienst- oder Arbeitsverhältnis im Sinne der gesetzlichen Vorschriften. Es finden daher die Bestimmungen über den Arbeitsvertrag, die Arbeitsverfassung, den Betriebsrat u. s. w. keine Anwendung. Die arbeitsdienstliche Gemeinschaft gibt Rechte, insbesondere den Anspruch auf Unter-

Damit ja niemand auf den Gedanken kommen kann, im Rahmen des Arbeitsdienstes würde man nützlichere Arbeiten verrichten, wies der Minister ausdrücklich ab: den Bau von Land- und Wasserstraßen, die Errichtung von Stauwerken, die Einzugsung, Ent- und Bewässerungen im großen Umfang.

Er gesteht in herrlichem Amtdeutsch lediglich zu, daß unter Umständen zur Vorbereitung solcher Arbeiten „Erdbewegungen im freiwilligen Arbeitsdienst bewirkt werden“.

Das neue „europäische Regime“.

halt. Sie begründet aber auch Pflichten, insbesondere die der selbstlosen Einordnung. Von jedem Dienstwilligen wird völlige Hingabe an das

Geheimnis der freien Gemeinschaft gefordert, in der es keine Knechte und keine Herren gibt. Die Gemeinschaft steht unter dem Gesetz der Ehre.

Was soll das Ganze?

Rund 50 Millionen Mark stehen zur Zeit für den Arbeitsdienst zur Verfügung. Man rechnet mit der Beschäftigung von 100 000 jungen Menschen.

7 Millionen Arbeitslose haben allen Anlaß, an den vorangestellten Satz aus Artikel 163 der Reichsverfassung zu erinnern. Die Reichsregierung nimmt 100 000 von der Straße weg, um sie mit sehr wenig dringlichen Arbeiten zu beschäftigen und zu selbstloser Einordnung zu erziehen.

Es handelt sich offenbar nur um den Anfang weitreichender Maßnahmen.

Die Regierung will Erfahrungen sammeln, wie der Arbeitsdienst sich am billigsten und wirksamsten organisieren läßt; sie will die Widerstände abtasten, die bei der Arbeiterschaft bestehen, und ausprobieren, wo sie sich am leichtesten überwinden lassen: auf militärische Art mit strammem Drill, oder nach Dintz-Art durch „psychologische“ feinere Methoden der „Führung“. Der Reichskommissar ist ja öffentlich beauftragt worden, ein Gutachten über die zweckmäßige Form der Arbeitsdienstpflicht zu erstatten.

Eine Regierung, die gar nichts unternimmt zur Verringerung des Millionenheeres der Erwerbslosen, kann sich kaum lange halten. Die Regierung der Junker, Schwerindustriellen und Generäle ergreift natürlich keine Maßnahme, die ihren Auftraggebern wehe tut! Sie ist ja gleichsam dazu berufen worden, den Großgrundbesitz weiter zu erhalten! So bleiben dieser Regierung nur wenige Mittel übrig, um die Arbeitslosen von der Straße herunterzukriegen. Ein Mittel, das insbesondere denen, die auf Wehrhaftmachung des deutschen Volkes bedacht sind, nahe liegt, ist die Arbeitsdienstpflicht. Auf eine Erweiterung des Arbeitsdienstprogramms dürfen wir daher, wenn die heutige Regierung im Amte bleibt, mit großer Wahrscheinlichkeit rechnen. Was für Mittel sie sonst noch gegen die Arbeitslosigkeit anwenden will, weiß diese Regierung wohl selber nicht genau. Der Arbeitsminister schloß seine Rundfunkrede jedenfalls nur mit der sehr richtigen Feststellung, daß man mit dem Arbeitsdienst allein „das deutsche Schicksal nicht meistern könne“. Und er versprach „sinniger Weise: Die Führer in der Wirtschaft und im Staate werden auch weiterhin auf Mittel und Wege sinnen, dem wirtschaftlichen Niedergang ein Ende zu machen und den Wiederaufstieg vorzubereiten.“

Deutlicher kann ein Minister kaum sagen, daß sein Sinnen nach Auswegen noch nicht zu einem Ergebnis geführt hat!

Die Stellungnahme des ADGB.

Der ADGB hat in einer Denkschrift, die den Reichsministern und Länderregierungen zugegangen ist, die Arbeitsdienstpflicht entschieden abgelehnt. Er verlangt statt dessen „Arbeitshilfe“, das heißt die Beschäftigung langfristig erwerbsloser Jugendlicher. Er regt insbesondere, laut „Vorwärts“, die

Schaffung einer „kollektiven Selbsthilfe“

an. Sie folgt damit den von Lederer mehrfach gegebenen Anregungen. Kollektive Selbsthilfe soll den Zweck haben, jugendlichen Erwerbslosen in stillgelegten Betrieben und Werkstätten Arbeit zu verschaffen, um mit den Erzeugnissen dieser Arbeit Arbeitslose zu versorgen. Gedacht wird hier in erster Linie an die Herstellung, vor allem aber auch Ausbesserung der Gegenstände des täglichen Bedarfs wie Bekleidung, Schuhwerk, Hausrat.

Die Erzeugnisse sollen dem eigenen Bedarf der Teilnehmer dienen, darüber hinaus aber auch in langfristig Erwerbslose und an Arbeitsgruppen der Arbeitshilfe zur Verteilung gelangen.

Diese kollektive Selbsthilfe kann sich auch erstrecken zum Beispiel auf die Errichtung der Arbeitslager, auf die Erzeugung gewisser Nahrungsmittel für den eigenen Bedarf der Arbeitsgruppen, weiter aber auch auf sonstige Arbeiten der Selbstversorgung, zum Beispiel Schaffung von Gemeinschaftsräumen für die Arbeitslosen, Herrichtung und Ausgabe von Mahlzeiten,

M. S. Das Abkommen zwischen England und Frankreich, das Herriot zu seinem größten in Lausanne erzielten Erfolg rechnet, soll nach dem Wortlaut dieses Vertrages alle Fragen lösen, die das „europäische Regime“ betreffen. Als erstes Ergebnis dieser neuen Entente gilt den beiden unterzeichnenden Mächten die „so glücklich gelöste“ Frage von Lausanne: also offenbar das mit Deutschland vereinbarte neue Abkommen.

Daß diese Frage allein für Frankreich glücklich gelöst worden ist, wird niemand bestreiten. Wie Deutschland über diesen Ausgang denkt, vor allem die deutsche Regierung, darüber schweigt des deutschen Sängers Höflichkeit.

Schon aber sieht sich die deutsche Regierung vor eine neue Verlegenheit gestellt. Nachdem Belgien und Italien sofort und bedenkenlos dem französisch-englischen Abkommen beigetreten sind, ist

nunmehr von der britischen Regierung die Aufforderung an die Reichsregierung ergangen, gleichfalls ihren Beitritt zu erklären.

Wie man weiß, ist damit der Kreis der Eingeladenen einstweilen abgeschlossen, obwohl Herriot, wahrscheinlich auf das Drängen seines polnischen Verbündeten hin dafür plaidiert, auch andere Mächte — heißt wohl: die osteuropäischen Staaten einzuladen. Natürlich nicht: Sowjetrußland. Aber wer spricht denn auch davon? In London haben einige Neugierige über diesen Punkt bereits wieder (man hört noch nicht, von wem) unangenehme Fragen gestellt. In „politischen Kreisen“ ist daraufhin die Antwort gegeben worden, daß es falsch wäre, auf die „formelle Frage“, wer alles Beitritt könne, allzu großen Wert zu legen. Was insbesondere Rußland angehe, so sei bei dem Abschluß zwischen Frankreich und England an diesen Staat „wohl nicht gedacht worden“, da ja auch Rußlands Interessen zum großen Teil außerhalb Europas lägen und dieser Staat mit Fragen, die „einen ähnlichen Ursprung wie die in Lausanne behandelten“ hätten, so gut wie nichts zu tun habe.

Der Beitritt Rußlands sei also ein Problem „theoretischer Natur“ und würde „den tatsächlich ursprünglich praktischen Zweck des Vertrauensabkommens nur verdunkeln.“

Man erinnere sich: „Sie“ (England, Frankreich, Belgien, Italien) beabsichtigen in Genf zusammen zu arbeiten, um eine Lösung der Abrüstungsfrage zu finden. Sie wollen die Weltwirtschaftskonferenz gemeinsam vorbereiten und Handelsverträge beraten.

was bereits an vielen Orten geschieht. Die benötigten Hilfs- und Rohstoffe müssen in erster Linie von der öffentlichen Hand bereitgestellt werden. Die Inhaber stillgelegter Betriebe sollen verpflichtet werden, diese für die Beschäftigung jugendlicher Erwerbsloser zur Verfügung zu stellen.

Wir vermuten, daß die Regierung — schon weil die katastrophale Lage der Gemeindefinanzen dazu drängt — nur allzu bald dazu übergehen wird, die Arbeitslosen zum Teil durch Naturalieferungen zu versorgen, die von Arbeitsdienstpflichtigen hergestellt werden. Die Wirtschaftskrise kann natürlich dadurch, daß Arbeitslose für Arbeitslose produzieren, nicht behoben werden. Manche Wirkungen der Krise können aber dadurch zuge deckt und gemildert werden.

Wenn die Organisation im einzelnen auch noch so schwierig sein mag, so steht doch fest, daß die Bevölkerung im ganzen besser versorgt werden kann, wenn von der Arbeitslosen-Armee etwa 1 bis 2 Millionen Personen in Form des Arbeitsdienstes zur Produktion herangezogen werden, als wenn diese nichts produzieren. Eine kapitalistische Regierung, die den Arbeitsdienst mit diesem Erfolg organisiert, wird sogar — leider! — an Ansehen in der Bevölkerung gewinnen, obwohl sie selbst mit einem noch so gut organisierten „Arbeitsdienst“ nichts tut, um der Krise zu Leibe zu gehen.

Alles Fragen — so bestimmen es die ehrenwerten Gentleman an der Themse — die außerhalb der Interessen Rußlands liegen.

Nein, sie liegen nicht außerhalb der Interessen Rußlands, aber es liegt außerhalb der Interessen der neuen Entente, daß Rußland sich an den von dem „europäischen Regime“ zu lösenden Fragen beteiligt.

Besser wahrlich, dieser Staat „verdunkelt“ nicht erst die freundschaftlichen Beziehungen der sich hier beratenden imperialistischen Mächte.

Uebrigens hat die russische Presse bereits eingehend zu dem neuen Abkommen Stellung genommen. Sowjetrußland erblickt in der Annäherung Frankreichs an England nicht nur eine Frontbildung gegen die Vereinigten Staaten, sondern vor allem auch gegen sich selber. Ein Anschluß Sowjetrußlands kommt, wie es heißt, keinesfalls in Frage.

Doch zurück zu Papen: Wird er Beitritt oder nicht? Von unrichtiger Seite erfährt das WTB, daß der Gedanke eines freundschaftlichen Meinungsaustausches zwischen den Mächten über Fragen der europäischen Politik natürlich sehr sympathisch sei.

Da die Reichsregierung jedoch an den Verhandlungen über die jetzige Fassung des Abkommens nicht beteiligt gewesen sei, hält sie es für notwendig, sich zunächst durch eine Rückfrage authentisch über die Tragweite des Abkommens zu vergewissern.

Mit anderen Worten: sie will nicht! Jedenfalls nicht vor der Wahl! Das hätte noch gefehlt, nach den zweifelhaften Erfolgen von Lausanne den Nationalsozialisten und allen übrigen Chauvinisten die Chance zu bieten, über die neue „Verbrüderung“ zwischen der Regierung der nationalen Konzentration und Frankreich herzufallen. Mag es wenig freundlich wirken, sehr reserviert, sehr von Mißtrauen bewegt, die von England angebotene Hand zurückzuweisen, jetzt muß in Deutschland nationale Politik gemacht werden, damit die Deutschnationalen bis zum 31. Juli zur Stange halten.

Sehr interessant der Kommentar der „Germania“ zu dem Angebot Englands an die Reichsregierung. Sie fordert energisch Nichtbeitritt zum Europapakt. Nach der Behandlung, die die Regierung in Lausanne erfahren habe, „nachdem es sich hat ereignen können, daß in Lausanne ohne Deutschlands Wissen ein Sondervertrag entworfen“ sei, stellt die „Germania“ es geradezu als eine Ehrensache hin, die Unterschrift zu verweigern. Der Beitritt würde Deutschland im übrigen in die Front gegen Amerika einreihen, es würde sich in der Abrüstungsfrage die Hände binden und die Revision des Versailler Vertrags auf unabsehbare Zeit verhindern.

Was die „Germania“ zu ihrem Rat veranlaßt, hat wohl andere Gründe als über die Ehre der Papen-Regierung zu wachen. Die „Germania“ bereitet seit dem Sturze Britnings die Materialsammlung vor, die das völlige außenpolitische Versagen der Nachfolger Brüning eines Tages belegen soll. Da ist es gut, durch einen freundschaftlichen Rat zu einem neuen Versagen beizutragen. Da ihr amtlich nicht rechtzeitig in Kenntnis gesetzt worden sei, hat ihr Text einen sehr wirkungsvollen Ausgangspunkt, euren Nichtbeitritt zu motivieren. Fast wörtlich so äußert sich das Organ des Zentrums, dessen früherer Reichskanzler in dem „Nicht-in-Kennntnis-Setzen“ der Leute, auf deren Verhandlungsbereitschaft er, Brüning, angewiesen war, Erhebliches geleistet hat.

Aber da viele Sprichwörter ebenso wahr bleiben, wenn man sie umkehrt, so läßt sich auch hier sagen: „Eine Krähe hackt der anderen gern ein Auge aus.“

Eine Gegenfrage an die „Germania“: Ist sie bereit, der Reichsregierung, der sie zur Isolierung von Frankreich rät, den Anschluß an den anderen isolierten Staat, an Sowjetrußland, zu empfehlen?

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

321

Copyright by Malik-Verlag 1932

THEODOR PLIVIER.

„Die Nachricht bleibt ganz geheim, Herr Oberleutnant!“

„Jawohl, Herr Kapitän!“ antwortet der Signaloffizier.

Aber die Nachricht springt bereits wie ein Funke durch das Schiff, durch die Kasematten und Gefechtstürme, durch die Kessel- und Maschinenräume: sie reißt die Matrosen hinter den Geschützen auf die Füße und setzt die Heizer in Bewegung.

Die Heizer meutern!

Die Matrosen auch!

Bonczyk hat Raumschuh geholt. Noch nie haben die beiden den Weg vom Heizraum durch die Schmieße und die eiserne Steigeleiter hoch so schnell zurückgelegt. Sie laufen durch die Kasematten und kommen in die Vorbatterie. Dort hat sich eine große Gruppe Matrosen angesammelt; auch die Heizer der Freiwaache stehen dabei. Und alle schreien durcheinander, jede Vorsicht haben sie vergessen. „Vierhalb Jahre haben wir geschuftet, und jetzt, wo der Friede kommt...“ „Wo wir schon eine Volkregierung haben!“ „Und Prinz Max schon Wilson Waffenstillstand angeboten hat...“ „Jetzt, wo der Krieg verloren ist, noch ein Vorstoß!“

„Das ist wohl bloß wieder eine Scheißhausdepesche!“

„Wir sollen doch bloß zum Minenfischen rausfahren!“

Schorch steht auf dem Kettkasten:

„Was, Minen fischen? Du blinder Hund, kannst du nicht sehen, wo die Fahrt hingehen soll? Und die Farbe, die auf der Laufbrücke zum Schornsteinmalen klar steht, weißt du nicht, was das bedeutet? Und beim Navigationsoffizier liegen die Karten von der englischen Ostküste auf dem Tisch!“

„Nach England sollen wir!“

„Und alle versaufen!“

Das Getümmel von Gesichtern wird größer. Aus den Kasematten kommen noch mehr Matrosen, und aus den Kesselräumen noch mehr Heizer. Raumschuh hat sich nach vorn gedrängt und ist auf den Kettkasten mit hinaufgestiegen. Er steht neben Schorch, verschmiert und bis zum Gürtel nackt, nur um den Nacken hat er ein Schweißtuch

hängen. „Dieser Vorstoß ist Selbstmord — das ist doch ganz klar, den wollen unsere Offiziere machen, weil sie den Krieg verloren haben! Weil die Herren Angst vor der Zukunft haben und weil sie nachher arbeitslos sind! Und da sollen wir mit dabei sein! Dafür sollen wir unsere Knochen hinhalten!“

„Aha, hier spricht ‚Genosse Scheidemann!‘“

„Halt die Schnauze oder ich stopp' sie dir!“

Raumschuh braucht von seinem Kasten nicht erst herunterzusteigen. Einer der Umstehenden hat dem Flunky aus der Offiziersmesse schon einen Stoß in die Rippen gegeben.

„Den Schädel soll man ihm einhauen!“

„Die Knochen kaputt schlagen!“

„Ueberhaupt Scheidemann — der hat ja keine Ahnung!“

Der Flunky zieht sich nach dem Ausgang zurück. Ein paar Mann verstellen ihm den Weg. „Hiergeblieben, das könnte dir wohl so passen!“

„In die Messe gehen und uns verpfeifen, wae?“

„Laßt ihn schon laufen, das ist doch alles egal! Das Versteckspielen hat ein Ende. Wir müssen es so machen wie die auf ‚König Albert‘. Wir haben lange genug geheizt! Wir können auch mal anders!“

Draußen hört man laute Rufe. Ein paar Matrosen kommen in die Vorbatterie:

„Kommt an Deck, aber los, schnell!“

„An Deck, der ‚Markgraf‘!“

„Was denn?“

„Was ist denn?“

„Die Heizer vom ‚Markgraf‘!“

Der Ausgang aus der Vorbatterie und der unge Zugang zum Deck kann die Menge, die gleichzeitig hindurch will, kaum fassen. Es gibt Stöße und Hautabscrüpfungen. Und die an das freie Deck Gekommenen können im ersten Moment nicht sehen, was los ist.

Doch dann sehen sie, wie an den beiden mächtigen Schornsteinen des Linienschiffes „Markgraf“ die Rauchfahnen abreißen und wie statt

des dunklen Kohlenrauchs weißer Wasserdampf in dichten Ballen an den Nachthimmel hochsteigt. Sie löschten die Feuer!

Die Heizer meutern!

Und das Schiff sieht dabei gespenstisch ruhig und unheimlich leblos aus. Nur die dunkle Silhouette mit Schornsteinen und Geschütztürmen — aber kein Mensch ist zu sehen.

Die Leute vom „Kurfürst“ stehen an Deck, überwältigt von der Erscheinung und der sich darin bergenden Tatsache. Mit einem Mal brennt der Scheinwerfer des eigenen Schiffes auf. Der Lichtkegel sucht über das Deck hin und bleibt an dem Haufen hängen, der plötzlich in grellem Licht dasteht. Die Matrosen starren geblendet zur Kommandobrücke hoch. Sie können nichts sehen, sie hören nur die Stimme über sich.

Der Kommandant ruft herunter:

„Die Leute da — was stehen sie da rum? Runter vom Deck — marsch, runter ins Schiff!“

Die Heizer und Matrosen verharren auf ihrem Platz. Mit hochgereckten Gesichtern, niemand bewegt sich, niemand spricht ein Wort. Sie stehen am Schornsteinsockel, ein Haufen ohne Sprache.

Der Heizer Raumschuh reckt sich plötzlich auf:

„Jawohl, Herr Kapitän, runter in den Bunker, aber anders als sonst! Wir können auch anders!“

Auch der Kohlenflepper Bonczyk findet Worte:

„Die Schaufel umgedreht — und reinhauen in die Fresse!“

„Wachoffizier! Wachmeister! Stellen Sie den Mann fest! Stellen Sie die Leute fest!“

„Alle stehenbleiben!“ ruft der Wachoffizier herunter.

„Du kannst uns mal am Arsch lecken!“

„Los, alle runter in den Heizraum!“

Der ganze Trupp macht kehrt, läuft durch die Kasematten, in der Richtung zu den Heizraumzugängen, Heizer und Matrosen. In zufälligem Durcheinander. Sie klettern die Steigeleiter hinunter. (Fortsetzung folgt.)



Die Bilanz der Blutbahn,

die die SA seit März 1930 begleitet, sieht nach einer Zusammenstellung der „Welt am Montag“ (Zeitung der Freien Gewerkschaften) folgendermaßen aus:

„Es fielen unter ihren (der SA) Händen:

März	1930	1 Tote
Mai	1930	4 Tote
Juni	1930	5 Tote
Juli	1930	1 Tote
August	1930	2 Tote
September	1930	5 Tote

Summa der Gemordeten 18 Tote

Im September 1930 ziehen die Nationalsozialisten mit 107 Abgeordneten in den Reichstag ein. Sie drängen nach Alleinherrschaft. Die Blutbahn vergrößert sich, dem gesteigerten Willen entsprechend, durch Bürgerkrieg die Alleinherrschaft zu erzwingen:

Oktober	1930	1 Tote
November	1930	3 Tote
Dezember	1930	4 Tote
Januar	1931	4 Tote
Februar	1931	3 Tote
März	1931	5 Tote
April	1931	2 Tote
Mai	1931	4 Tote
Juli	1931	4 Tote
August	1931	3 Tote
September	1931	1 Tote
Oktober	1931	6 Tote
November	1931	3 Tote
Dezember	1931	1 Tote
Januar	1932	5 Tote
Februar	1932	8 Tote
März	1932	7 Tote
April	1932	3 Tote
Mai	1932 (SA verboten)	1 Tote

Summa der Gemordeten 68 Tote

Vom März bis September 1930 18 Tote

Insgesamt 86 Tote

Juni	1932 (SA erlaubt)	37 Tote
Juli	1932 (bis 14.)	27 Tote

Summa 64 Tote

Hinzu 86 Tote

Insgesamt 150 Tote

Hinzu kommen 3221 Verletzte, darunter 503 schwer. Die Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit; sie enthält lediglich die Zahl der Toten, die einwandfrei dem Blutterror der SA zum Opfer gefallen sind.“

Drei weitere Tote.

bei Zusammenstoß mit SA am Sonntag, davon ein SA-Mann in Berlin, zwei SA-Leute in Greifswald.

Außerdem fanden Gefechte oder Plänkeleien statt in Aurich, Barmen, Bochum, Chemnitz, Eibenstock (Sachsen), Neubukow (Mecklenburg), Remscheid, Wickerath (Rheinland), Wismar, Freising, Kotteln b. Kempten, Kempten, Starnberg, Wertingen b. Augsburg, Nennhof b. Leipzig. Viele Schwerverletzte.

Reichswehr wurde hinzugezogen

zur Absperrung eines Lokals in Ketschendorf bei Fürstenwalde (Mark), in dem sich etwa 140 Kommunisten aufhielten. Diese sollen vorher an einem Zusammenstoß mit durchfahrenden Nazis beteiligt gewesen sein. Die Funktionäre der Antifaschistischen Aktion in Ketschendorf teilen dagegen mit, daß weder ein Mitglied ihrer örtlichen Organisation noch die aus Berlin anwesenden Kommunisten von einem derartigen Zusammenstoß etwas wußten. Der Landrat in Beeskow hatte, da er glaubte, mit der ihm zur Verfügung stehenden Polizei nicht auszukommen; Unterstützung durch die Reichswehr in Fürstenwalde angefordert.

Antwort an Bundesgenossen.

Wir haben vor einigen Tagen über Herrn von Gerlach und die „Weltbühne“ geschrieben:

„Wenn wir uns diese Meinungskämpfe nicht gestatten dürfen, dann hätte aber Herr von Gerlach als Leiter einer angesehenen politischen Zeitschrift vielleicht Stellung nehmen können zu dem „Dringenden Appell“, den verschiedene seiner Klassengenossen in Verbindung mit Angehörigen anderer Klassen erlassen haben, ausgesprochen zur Abschaffung des Luxus doktrinäer Meinungskämpfe, — positiv ausgedrückt: zur Schaffung eines Wahlblocks zwischen SPD und KPD in Form gemeinsamer Kandidatenlisten.“

Von diesem „Dringenden Appell“ hat die Zeitschrift Herrn von Gerlachs, die über manches schreibt, was nicht unerlässlich ist, nicht einmal Notiz genommen. Wir halten dies in der heutigen Zeit für ein schweres Manko gerade bei der Leitung einer Zeitschrift, die mit dem Anspruch auftritt, an der antifaschistischen Front Meinungskämpfe beizulegen.“

Dazu schreibt uns ein „Weltbühne“- und „Funke“-Leser:

„... Das ist richtig und falsch. Die „Weltbühne“ hat ihrerseits in ihrer letztwöchigen Ausgabe wenigstens eine gemeinsame Reichsliste und vor allem eine gemeinsame Aktion der Kampforganisationen verlangt.“

Wir haben die Bemerkungen über die gemeinsamen Aktionen in der „Weltbühne“ auch gelesen. Und wir haben auch gegen viele dieser Vorschläge gar nichts einzuwenden. Nur ist für das Zustandekommen einer solchen gemeinsamen Aktion eine Verständigung unerlässlich. Vorläufig gibt noch immer jeder seinen eigenen richtigen oder auch falschen Standpunkt zum besten, ohne sich umzusehen, was auf dem Gebiet, für das er Vorschläge zu machen hat, bereits geschehen ist. Und das hat auch die „Weltbühne“

Der brave Mann denkt an sich, selbst zuletzt.

Unter dieser Ueberschrift haben wir vor einigen Monaten Herrn Professor Dr. Lenz aus München angegriffen, dem wir etwas vorgeworfen haben, worauf er hier in Form einer „Berichtigung“ das Wort ergreift:

„Zur Abwehr einer Zeitungshetze.“

In der politischen Wochenschrift „Das Tagebuch“ ist am 17. Oktober 1931 ein Artikel mit der Ueberschrift „Aerzte“ erschienen, in dem mir unterstellt wird, ich hätte mich aus Rücksicht auf das materielle Interesse der Aerzte gegen eine durchgreifende Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ausgesprochen. Mir wird folgende Aeußerung zugeschrieben: „Daß es möglich wäre, die Geschlechtskrankheiten ganz auszurotten, daran kann kein Zweifel sein. Auch auf diesem Gebiet stehen freilich der Gesundheit schwerwiegende wirtschaftliche Interessen entgegen. Man muß sich nur einmal klar machen, daß durch eine wirklich ernsthafte Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten nicht nur viele Hunderte von Fachärzten brotlos werden, sondern auch Zehntausende anderer Aerzte in ihren ohnehin kaum zum Leben ausreichenden Einkünften schwere Einbuße erleiden würden. Es wäre ungerecht, wenn man von den Aerzten einfach die Aufopferung ihrer Existenz im Interesse der Volksgesundheit verlangen würde.“

Ich habe dazu folgendes zu sagen:

1. Das „Tagebuch“ hat die betreffende Stelle nicht zu Ende zitiert. Es hat verschwiegen, daß es folgendermaßen weitergeht: „Andererseits darf die Rücksicht auf die Aerzte natürlich kein Anlaß sein, die Geschlechtskrankheiten weiter wüten zu lassen. Hier gibt es vielmehr meines Erachtens nur einen Ausweg. Die Aerzte, deren Dasein und Tätigkeit für die Volksgesundheit von unersetzlicher Bedeutung ist, müssen vom Staate angemessen entschädigt werden. Es ist daher im Interesse einer wirklich durchgreifenden Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wie der Volkskrankheiten überhaupt unbedingt nötig, daß die Aerzte auch für vorbeugende und sozialhygienische Tätigkeit angemessen bezahlt werden.“

2. Das „Tagebuch“, das als Quelle meine „Menschliche Erblichkeitslehre und Rassenhygiene“ angibt, hat verschwiegen, daß die betreffende Stelle, sich nur in der vor neun Jahren erschienenen zweiten Auflage finden. In der dritten und vierten Auflage ist der ganze Abschnitt über Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten nicht mehr enthalten.

3. Das „Tagebuch“ bezeichnet mich als einen „Völkischen“. „Es hat offenbar in mir einen politischen Gegner zu treffen geglaubt.“

4. Seit jenem Artikel im „Tagebuch“ sind auch in zahlreichen anderen, meist kleineren Blättern gewisser politischer Richtungen Artikel von der gleichen Tendenz erschienen. Den meisten von diesen mag im Vergleich mit den politischen Drahtziehern der Hetze eine relative Gutgläubigkeit zubilligt werden, da sie die Stelle vermutlich niemals unverstümmelt zu Gesicht bekommen haben.

5. Die Presse der Kurpfuscher bzw. Naturheilkundigen, hat begierig die Gelegenheit ergriffen, den ärztlichen Stand wieder einmal als gemeinschädlich und gemeingefährlich hinzustellen.

6. Die Tatsache, daß jene Stelle aus einer alten Auflage meiner „Rassenhygiene“, wenn auch verstümmelt, überhaupt in dem genannten Sinne umgedeutet werden konnte, hat mir gezeigt, daß sie nicht glücklich formuliert war. Ich muß es aber unbedingt zurückweisen, daß jene Stelle jetzt nach neun Jahren dazu mißbraucht wird, dem ärztlichen Stande oder mir persönlich etwas anzuhängen.“

Zu dieser gewundenen Erklärung sagen wir: Gewiß wäre es loyaler gewesen, wenn das „Tagebuch“ die Fortsetzung auch zitiert hätte; aber geändert hätte sich an dem Urteil eines unbefangenen Lesers über Herrn Prof. Lenz doch nichts wesentliches. Er beginnt: „Mir wird folgende Aeuße-

rung zugeschrieben: „Nun, er hat sie auch getan, wie er selber zugibt. Freilich, sie war unglücklich „formuliert“; aber Herr Lenz hat dafür in den nächsten Auflagen nicht etwa seine Formulierung verbessert, sondern den ganzen Abschnitt weggelassen. War etwa die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten nicht mehr so wichtig? Oder wollte Herr Lenz nur nicht öffentlich mit seinen Ansichten anecken! Ferner: „Die Presse der Kurpfuscher bzw. Naturheilkundigen...“ Ein herrliches Wort, dieses bzw! Als wenn das ärztliche Schild nicht derart ramponiert ist, daß sich seine Vertreter lieber nicht allgemein über Naturheilkundige aufregen, sondern erst fragen sollten, ob diese Pfuscher sind. Wenn sie das sind, dann fort mit den Pfuschern, aber ganz gleich, ob sie Arzt oder Naturheilkundiger sind. Sonst könnte man, bei der Verallgemeinerungssucht des Herrn Lenz, auch sagen: Die Kindervergifter bzw. Medizinprofessoren, und sich z. B. auf die Lübecker Herren beziehen. Ein solches Verfahren würde Herr Lenz, mit Recht, ablehnen — aber dann soll er uns auch nicht törichte Beleidigungen der Naturheilkunde vorsetzen. Pfuscher gibt es überall, und nicht wenige beim ärztlichen Stand. Den Laien darüber heute noch etwas vormachen zu wollen, schießt daneben.

Nun aber zum wichtigsten: Der Vorwurf bezog sich nicht so sehr auf die Pfuscherei, als vielmehr auf einen moralischen Standpunkt, nämlich darauf, daß es eine Schande sei, daß ein bedeutender Arzt schreiben dürfe: „Es wäre ungerecht, wenn man von den Aerzten einfach die Aufopferung ihrer Existenz im Interesse der Volksgesundheit verlangen würde.“ Ohne alles Drum und Dran, und ohne alles, was hinterher noch gesagt wird: Wir verlangen, daß die Aerzte sich bemühen, die Menschen gesund zu machen. Wer das nicht ohne Einschränkung will, soll die Finger vom ärztlichen Beruf lassen. Gewiß soll jede Arbeit bezahlt werden, und wenn die Volksseuchen erledigt sind und dann vorbeugende ärztliche Tätigkeit nötig ist, wollen wir gewiß auch dafür sorgen helfen, daß diese Leute dann bezahlt werden. Schließlich aber — Herr Lenz beruft sich auf die Gerechtigkeit —: Was ist eigentlich schon los, wenn eine Gruppe von Aerzten für Geschlechtskrankheiten überflüssig geworden ist, weil diese Plagen der Menschheit etwas zurückgegangen sind? Dann werden einige Menschen genötigt, einen anderen Beruf zu ergreifen — das geht vielen Leuten so.

Wer nicht gegen die Krankheiten angeht, obwohl er es könnte — der ist ein Lump, trotz aller „schwerwiegenden wirtschaftlichen Interessen“, die einer anständigen Lebensweise entgegenstehen.

Und wir sind, das sagen wir hier in aller Offenheit, nicht davon überzeugt, daß die alles versuchende Unmoral des Kapitalismus am ärztlichen Stand ganz wirkungslos vorübergegangen ist. „Sonst hätten wir gar nicht glauben können, daß Herr Lenz sich solche Sachen ausgedacht haben könnte, wie er es hat — auch wenn er sich in Wirklichkeit weniger klobig ausgedrückt hat, als es zunächst schien, — wie hier korrekt vermerkt sei. Willi Eichler.“

Kubes Rückzug.

Mit ihrem Antrag gegen den Berliner Polizeivizepräsidenten Weiß haben die NS einen Reifall erlebt. Kube, der Führer der Preußen-Fraktion der NS, erklärte am Donnerstag, also am Tage nach der Veröffentlichung des Briefes Severings an Weiß, in einer Berliner Versammlung:

„Als der Antrag gegen Frau Weiß von unserer Fraktion eingebracht wurde, hatte ich denselben nicht zu Gesicht bekommen. Als ich jetzt davon erfahren habe, habe ich ihn zurückgezogen. Wir Nationalsozialisten lehnen es ab, gegen die Frau eines hohen Beamten etwas zu unternehmen.“

Es wird also vielleicht Hinkler, der Leiter der „Lügenabwehrstolze“, der Verfasser des Antrags sein.

Hammer, Theodor Hartwig, Vitus Heller, Kurt Hiller, Maria Hodann, Hanns-Erich Kaminski, Erich Kästner, Karl Kollwitz, Käthe Kollwitz, Arthur Kronfeld, E. Lanti, Otto Lehmann-Rußbüldt, Heinrich Mann, Pietro Nenni, Paul Oestreich, Franz Oppenheimer, Theodor Plivier, Freiherr von Schoenaich, August Siemsen, Minna Specht, Helene Stöcker, Ernst Toller, Graf Emil Wedel, Erich Zeigler, Arnold Zweig.

Der Weg zur Einheitsfront.

Unter dieser Ueberschrift bringt die Berliner Wochenbeilage der „Metallarbeiter-Zeitung“ am 9. Juli einen Artikel, dessen Schlußfolgerungen wir zustimmen. Es heißt dort:

„Und deswegen müssen die Führungen der Gewerkschafts- und Parteiorganisationen einfache, elementare Abmachungen schaffen, die auf der einzigen Lösung: Vernichtung des Faschismus beruhen. Auf dieser Grundlage kann die in zwei große Richtungen und viele Gruppierungen gespaltenen Arbeiterbewegung vereint den Gegner schlagen. In den Betrieben Berlins, in den öffentlichen Unternehmungen, Gas, Wasser, Verkehr, in Druckereien, sind die Kerntuppen der sozialistischen und gewerkschaftlichen Bewegung unerschüttert, aber für die Öffentlichkeit nicht sichtbar. Wenn sie wollen, wird in Berlin das gesamte Leben stillstehen. Aber diese Männer und Frauen, die

die Schlüssel der Lage in Händen

halten, sind diszipliniert und folgen den Weisungen ihrer Organisation. Eine Einheitsfront in der AEG oder der Rosenthaler Vorstadt oder sonstwo, ist sinnlos, wenn nicht in ganz Berlin, im ganzen Reiche, die getrennt marschierenden Horden zusammengeschlossen werden durch zentrale Abmachung.“

nicht besser gemacht. Den „Dringenden Appell“, der von ihr unmöglich übersehen worden sein kann, erwähnt weder die Redaktion der „Weltbühne“, noch der Verfasser der jetzigen Vorschläge. Wir drucken diesen Appell hier noch einmal ab, wie er s. Zt. veröffentlicht worden ist und stellen anheim, zu prüfen, ob die „Weltbühne“ einen solchen Schritt ignorieren darf, den übrigens auch die meisten anderen Presseorgane ebenso schmächtig behandelt haben:

Dringender Appell!

Die Vernichtung aller persönlichen und politischen Freiheit in Deutschland steht unmittelbar bevor, wenn es nicht in letzter Minute gelingt, unbeschadet von Prinzipiengegensätzen alle Kräfte zusammenzufassen, die in der Ablehnung des Faschismus einig sind. Die nächste Gelegenheit dazu ist der 31. Juli.

Es gilt diese Gelegenheit zu nutzen und

endlich einen Schritt zu tun

zum Aufbau einer einheitlichen Arbeiterfront, die nicht nur für die parlamentarische, sondern auch für die weitere Abwehr notwendig sein wird.

Wir richten an jeden, der diese Ueberzeugung mit uns teilt, den dringenden Appell, zu helfen, daß ein Zusammengehen der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei für diesen Wahlkampf zustande kommt, am besten in der Form gemeinsamer Kandidatenlisten, mindestens jedoch in der Form von Listenverbindung. Insbesondere in den großen Arbeiterorganisationen, nicht nur in den Parteien, kommt es darauf an, hierzu allen erdenklichen Einfluß aufzubieten.

Sorgen wir dafür, daß nicht Trägheit der Natur und Feigheit des Herzens uns in die Barbarei versinken lassen! Chieyin Chen, Willi Eichler, Albert Einstein, Karl Emonds, Hellmuth Falkenfeld, Kurt Großmann, E. J. Gumbel, Walter

Der internationale Bund der christlichen Gewerkschaften.

Ende Juni tagte in Antwerpen der 5. Kongreß des Internationalen Bundes der Christlichen Gewerkschaften, der in elf Ländern rund 1,5 Millionen Mitglieder umfaßt.

Am stärksten ist der Bund vertreten in Deutschland, Belgien, Oesterreich, Holland und Frankreich, wo er über 1 000 000 Mitglieder hat.

Die Organisationsform der Landeszentralverbände ist nicht einheitlich. In Deutschland, Oesterreich und in Belgien bestehen interkonfessionelle christliche Gewerkschaften, in Belgien mit starker Anlehnung an die konfessionellen Ständevereine. Holland und die Schweiz haben konfessionell getrennte Gewerkschaften für katholische und evangelische Mitglieder. In den anderen Ländern laufen Beziehungen und Interessen der beruflich organisierten Gruppen mit denen der kirchlichen Ständevereine stark neben- und miteinander. In einem Teil der angeschlossenen Länder gibt es straff zusammengefaßte Landeszentralen wie in Deutschland, in dem anderen Teil ist die Organisationsform der christlichen Arbeitnehmer eine horizontale, der deutschen Kartelle ähnlich (Frankreich: Orts- und Bezirksyndikate aller Berufsgruppen des Bezirks). In Deutschland stehen die Angestelltenverbände außerhalb des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften. In Frankreich bilden diese Berufsgruppen das Kernstück der Bewegung.

Die Landeszentralverbände nennen folgende Mitgliederzahlen:

Belgien: Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften	238 799 Mitglieder
Deutschland: Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften	578 480 "
Frankreich: Christlicher Arbeiterbund	102 000 "
Jugoslawien: Jugoslawischer Gewerkschaftsbund	3 800 "
Luxemburg: Christlicher Gewerkschaftsbund Luxemburgs	2 238 "
Niederlande: Katholischer Arbeiterbund	184 055 "
Christlichnationaler Gewerkschaftsbund	103 153 "
Oesterreich: Zentralkommission der christlichen Gewerkschaften	111 939 "
Schweiz: Christlichnationaler Gewerkschaftsbund	33 000 "
Schweizerischer Verband evangelischer Arbeiter und Angestellter	9 000 "
Spanien: Gesamtverband der katholischen Arbeitergewerkschaften	40 000 "
Tschechoslowakei: Verband der christlichen Gewerkschaften für das tschechoslowakische Staatsgebiet (deutsche Gew.)	29 437 "
Christlichsoziale Reichs-Gewerkschaftskommission (tschechische Gew.)	17 680 "
Ungarn: Landesverband der christlich-sozialen Gewerkschaften	52 000 "

Insgesamt: 1 595 776 Mitglieder

Streikabbruch in Belgien.

Der Generalrat der sozialistischen Partei und der Vollzugsausschuß der Gewerkschaften haben in ihrer gemeinsamen Sitzung am Sonnabend nachmittag beschlossen, die Arbeiter des ganzen Landes sowie aller Industrien aufzufordern, die Arbeit am kommenden Montag wieder aufzunehmen. Damit hat wohl der Streik in Belgien sein Ende gefunden.

Der paritätisch zusammengesetzte Industrierausschuß trat am Sonnabend zu einer Sitzung zusammen, um einen Vergleich zwischen den Arbeitnehmern und Arbeitgebern herbeizuführen. Die Arbeitnehmer stellten für eine Wiederaufnahme der Arbeit die Bedingung, daß die gegenwärtigen Löhne noch bis zum 1. November d. J. gelten und erst dann eine nicht mehr als fünfprozentige Lohnsenkung eintreten soll. Derselben Forderungen wurden auch von den Kohlenbergarbeitern gestellt.

Diese Meldung läßt es also noch offen, ob die Bedingungen der Arbeiter angenommen worden sind, während frühere Meldungen bereits davon sprachen, daß die Löhne bis zum 1. November nicht gekürzt werden sollten. Es bleibt also noch abzuwarten, ob die Wiederaufnahme der Arbeit, wie sie von der sozialistischen Partei und den Gewerkschaften beschlossen worden ist, ohne feste Vereinbarungen mit den Unternehmern abgemacht worden ist.

Erfolg jugoslawischer Eisenbahner.

(ITP) Vier jugoslawische Eisenbahner, die im Jahre 1928 wegen ihrer Tätigkeit in den Werkstätten in Marburg entlassen wurden, haben jetzt einen nahezu vier Jahre dauernden Prozeß gegen die jugoslawischen Staatsbahnen gewonnen. Der Staat wurde zur Nachzahlung der Pension in der Höhe von 80 000 Dinar (100 Dinar = 6,70 Mark) verurteilt und muß auch die Prozeßkosten tragen.

Der jugoslawische Eisenbahnverband ist noch immer nicht gesetzlich anerkannt worden, und dieser Erfolg in einem Lande, wo alle Freiheiten systematisch unterdrückt werden, ist sicher bemerkenswert.

Bete und telegraphiere!

Zur Verschärfung der Lage in Irland.

Der Zollkrieg zwischen England und Irland hat vor allem in Irland die Stimmung gegen England außerordentlich verschärft. Eine starke Propaganda gegen alle englischen Waren hat eingesetzt. Der Frachtverkehr in den Häfen hat fast völlig aufgehört.

Englische Vermittlungsvorschläge: die Sonderzölle aufzugeben, falls de Valera die von England geforderten Entschädigungsgelder wenigstens erst einmal hinterlege, werden sehr pessimistisch beurteilt.

Eine kaum glaubhafte Meldung aus London berichtet, daß der Fraktionsführer der englischen Arbeiterpartei, Lansbury, an den Papst, den Erzbischof von Canterbury, den obersten Rabbiner und den Präsidenten der Freikirchen telegraphiert habe, damit diese im Namen der Religion eine Vermittlung zwischen den beiden Parteien unternähmen. Vielleicht überlegt sich Lansbury gleich weitere Telegramme an diese Herren, damit sie den Frieden zwischen seiner Partei und den englischen Unternehmern, zwischen England und den Gläubigern in USA, und — da es sich zum Teil wenigstens um Vorsitzende internationaler Organisationen handelt — zwischen Japan und Sowjetrußland und Deutschland und Frankreich vermitteln.

So wäre die englische Arbeiterpartei aller Kämpfe entledigt und auf die Parole beschränkt:

„Bete und telegraphiere!“

Staatliche Arbeitslosenunterstützung in den USA.

Der Kongreß nahm am Sonnabend abend eine Vorlage an, die Staatsmittel zur Behebung der Arbeitslosigkeit und zur direkten Unterstützung der Arbeitslosen bereitstellt. Die Unterschrift Hoovers wird in den nächsten Tagen erwartet.

An einen Arbeitslosen.

Man baut fast Tag für Tag Kirchen in Deutschland. Du lebst in einer schlechten Wohnung. Millionen gibt der Staat der Kirche. Dir kürzt man die Unterstützung. Bischöfe, Geistliche beziehen Riesengehälter. Deinen Kindern fehlt Kleidung und Brot. Dir hilft keiner. Du mußt dir selber helfen!

Du bist gegen den Krieg. Die Kirche hat ihn gesegnet. Sie hat auch heute nicht ihre Stimme erhoben im Krieg des Fernen Ostens. Du bist gegen den Faschismus. Die Kirche hat sich mit dem Faschismus in Italien und Polen verbündet. Sie wird sich mit dem Faschismus in Deutschland verbinden, wenn sie die Herrschaft über die Kinderseelen bekommt. Du bist für den Sozialismus. Christentum und Sozialismus, sagt Bebel, stehen sich wie Feuer und Wasser gegenüber.

Du bist nicht für die Kirche. Du gehst nicht hinein, jahrelang nicht. Du bist gegen die Ausbeutung. Die Kirche macht Knechte, denen sie den Willen geraubt hat.

Du hast soviel Zeit, daß du nicht weißt, wohin damit. An einem Morgen nimm dein Hausstandsbuch, nimm Weib und Kind, nimm andere Arbeitslose mit und gehe zum Gericht. Erkläre deinen Austritt aus der Kirche, der Organisation, die den Menschen den Willen verkrüppelt.

Warum ist denn die Kirche so mächtig?

Sie ist so stark, weil du und Millionen andere ihr nicht durch eure Austrittserklärung das Recht nehmt, in eurem Namen zu handeln.

Lautheit, Gleichgültigkeit ließen dich den Schritt nicht tun. Nun hast du Zeit. Tue es jetzt!

Du bist gegen den Krieg, gegen den Faschismus, gegen den Militarismus, gegen die Ausbeutung, gegen den Knechtsgeist. Die Kirche ist dafür.

Es ist ein kleiner Schritt in unserem großen Ringen. Wir können den großen Schritt noch nicht tun, weil wir nicht einig sind.

Tue wenigstens den kleinen Schritt. Reibe dich ein in die Gemeinschaft mutiger, auf ihre eigene Kraft vertrauender Menschen.

H. D.

Drei Bergleute wurden von herabstürzenden Gesteinsmassen erschlagen in der Limburger Grube Mauritz in Lutterath.

Quittung

über Spenden für den Pressetonds des „Funken“:

B. S. in M. 0,50, K. B. in M. 10, E. M. in M. 1,—, H. K. in M. 2,—, F. R. in M. 2,—, F. B. in M. 20,—, A. P. in M. 10,—, L. H. in M. 10,—, F. K. in M. 5,—, W. F. in M. 5,—, E. H. in G. 2,—, H. K. in G. 20,—, M. K. in G. 10,—, E. S. in G. 10,—, J. F. in G. 4,—, K. S. in G. 2,—, W. L. in F. 5,—, F. W. in M. 2,—, T. H. in K. 25,—, R. u. S. in F. 20,—, G. L. in E. 10,—, E. B. in E. 5,—, F. M. in Z. 3,50, O. Z. in K. 2,—, R. L. in B. 47,85, H. S. in B. 41,52, N. N. 66,—, Unbekannt 1,50 Mark.

Wir danken allen Spendern herzlich und bitten, die Bemühungen um Stärkung des Pressetonds weiter fortzusetzen.

Verantwortl. Schriftf. W. B. Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH., Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: F 7 Jannowitz 5009. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

ISK

7. JAHRGANG 7. HEFT JULI 1932

Zum 50. Geburtstage Leonard Nelsons.

GRETE HERMANN:

Die Lehre vom Recht als wissenschaftliche Grundlage des Sozialismus.

MINNA SPECHT:

Die politische Bedeutung des Charakters.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes. Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe.

Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8 a.

MAGDEBURG

Zum frischen Obst

schmecken rohe Gebirgs-

Haferflocken vorzüglich.

1 Post-Paket (9 Pfund)

nur 3,60 RM ab hier.

Vorauszahlung auf Postscheck-

Konto Magdeburg 179 24 erheben.

Frischkost-Reformhaus
Magdeburg, O.-V.-Guericke-Str. 104.

Bereits 80 Mark genügen!

Und Sie erhalten einen hochwertigen Maßanzug,

aus erstklassigem Stoff,

mit bestem Futter,

in sorgfältiger Maßarbeit.

Preisänderungen nach oben und auch nach unten,

je nach Stoffqualität. Machen Sie bitte einen Versuch!

R. Schönheit, MAGDEBURG, Otto von

Guericke-Str. 104, H. v. I.

BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung

von Schreibmaschinen

A. H. TIMMERMANN

Hamburg, Barossastraße 8,

Telefon: 43 55-47

BERLIN

KAMERA

Unter den Linden 14 — A 1 Jäger 2987.

Ab 15. Juli:

G. W. Pabst:

Kameradschaft

mit Ernst Busch, Alexander

Granach, Fritz Kampers.

„Im Schatten der Maschinen“,

Fox lösende Wochenschau.

Freunde und Leser des „Funken“!

Unterstützt Eure Zeitung!

Werbt Abonnenten!

Sammelt Anzeigen!

Bewerbt bei Eignen!

auspre. Inserenten!

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her

Oscar Wettig, Gelnhäusen

Sprechapparate Koffer/Schallplatten/Schränke

Schallplatten für Konzert und Unterhaltung in

allen Preislagen / Verlangen Sie Angebote!

Otto Pfothauer, Weimar, Röhrestr. 40.

Soeben erschien in neuer Ausstattung:

Philosophen für und wider die Revolution.

Von HELLMUTH FALKENFELD.

72 Seiten. Kartiert 0,60 M.

Inhalt:

I. Die Philosophen der französischen Revolution.

II. Immanuel Kant.

III. Johann Gottlieb Fichte.

IV. Jakob Friedrich Fries.

V. Hegel.

VI. Marx.

VII. Stirner.

VIII. Tolstoj.

IX. Nietzsche.

X. Popper-Lynkeus.

XI. Leonard Nelson.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8 a.

Verbot der „Reichsbanner“-Zeitung ein Severing-Skandal.

Magdeburg, 16. Juli.

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Falk, hat auf Grund der Notverordnung vom Juni 1932 die in Magdeburg erscheinende Wochenzeitschrift „Das Reichsbanner“ auf zwei Wochen verboten. Das Verbot ist erfolgt, weil durch eine Zeichnung mit Beischriften der Reichspräsident angegriffen bzw. beschimpft worden sei.

„Das Reichsbanner“ hatte in seiner Sonntagsnummer ein Bild veröffentlicht, auf dem im Hintergrund ein Reichsbannermann steht, vor sich sieben Särgen, die die Opfer symbolisieren sollen, die das „Reichsbanner“ in der letzten Zeit bzw. bei den Wahlen zu beklagen hatte. Ueber die Särgen zieht sich ein Schatten, dessen Umrisse den Reichspräsidenten erkennen lassen. Ueberschrieben ist das Bild mit einem Ausspruch des Reichspräsidenten, und zwar: „Die Treue ist das Mark der Ehre.“ Eine weitere Ueberschrift lautet: „Unsere Treue wurde uns zum Leichentuch.“

Wegen dieses Bildes ist „Das Reichsbanner“ auf Veranlassung des Reichsinnenministeriums auf zwei Wochen verboten worden.

Da das Verbot auf Veranlassung des Reichsinnenministers erlassen worden ist, muß es über Severing gegangen sein. Der Vollzug dieses Verbots — wiederum ohne gleichzeitig ein Dutzend Nazizeitungen mitzuerstatten, ja ohne überhaupt dem Reichsgericht die Entscheidung zuzuschicken — das stellt eine Dienstfertigkeit Severings gegenüber Herrn von Gayl dar, die ein Schlag ins Gesicht der Arbeiter und eine weitere ungeheure Erschwerung der Organisierung der Einheitsfront im Reichsmaßstab ist. Es ist ausgeschlossen, daß bei der Rücksichtnahme auf derartige „Führer“ die Eisenerne Front und die Gewerkschaften Stoßkraft entfalten können. Man bedenke: seitens desselben Severing ist nichts erfolgt auf die Drohungen, die Ende der vergangenen Woche Straßer, Göring, Frank II und andere und mit ihnen die Nazipresse in bezug auf offene Bewaffnung der SA ausgesprochen haben.

Piratenchronik.

Ein Piratenschiff, ein Motorboot, versteckt im Schilf der Havel, wurde von der Polizei in der Nähe von Ketzin entdeckt. Das Boot diente drei Berliner Einbrechern als Dauerwohnung. Es war mit Diebeswerkzeug ausgerüstet. Die drei wurden verhaftet.

Berlin, 6. Juli. Vier Mann überfielen einen Kassenboten in Lichtenberg, entrissen ihm die Aktentasche mit 500 Mark und flohen im Auto.

Posen, 6. Juli. Festnahme einer Gruppe von drei Räubern, die in letzter Zeit Güterzüge, die im Verkehr zwischen Oberschlesien und Ostpreußen das polnische Gebiet durchfahren, beraubt hatten. Deren Beute: etwa 50 000 Mark.

Weimar, 9. Juli. Der Fabrikant Hubrich wurde in einem Abteil zweiter Klasse des Schnellzuges Eger-Weimar-Köln, während er schlief, seiner Brieftasche mit über 8000 Mark beraubt. Der Täter entkam aus dem Abteil in der Dunkelheit; Hubrich hatte die Notbremse gezogen.

Karstadt (Prignitz), 11. Juli. Ein Bäckerlehrling, mit dem Brotwagen unterwegs, wurde von drei Banditen des mittelfürstlichen Geldes beraubt.

Dresden, 12. Juli. Vor dem Dresdener Ufa-Palast wartete ein Auto bis nach Beginn der letzten Vorstellung. Als dann der Portier mit der Tageskasse das Theater verließ, wurde der Motor des Autos angestellt, aus dem Auto sprangen zwei Männer, packten den Portier, brachten ihm mit einem Revolver eine schwere Kopfverletzung bei, entrissen ihm die Kasse mit 300 Mark und fuhren ab.

Thale (Harz), 14. Juli. Der Kassenbote einer Eisen- und Betonfabrik wurde von hinten mit einer Eisenstange niedergeschlagen und einer Tasche mit 1000 Mark Lohngeldern beraubt. Als er wieder zu sich kam, sah er den Räuber davonlaufen. Mehrere Personen verfolgten diesen. Der aber hielt sie sich mit Schüssen vom Leibe und entkam.

Die Zahl der Raubüberfälle wächst mit der Verwilderung des öffentlichen Lebens, die von Regierung und Polizei nicht entschieden bekämpft wird.

Berlin, 17. Juli.

Bei dem Schneidermeister Grünberg in Neukölln erscheinen zwei Männer, weisen sich durch Blechmarken als Kriminalbeamte aus, halten Haussuchung, beschlagnahmen 2500 Mark, verhaften Grünberg, nehmen ihn in einem (am Sonnabend in der Ackerstraße gestohlenen) Auto mit, aus dem sie ihn in Groß-Glienicke hinauswerfen. Sie sind entkommen.

Eine Dichterinternationale für Völkerfrieden

tagt im Schatten des Faschismus.

M. H. Vor kurzem tagte in Budapest der 10. Kongreß des Internationalen Penklubs, einer Organisation, in der Dichter und Schriftsteller aller Länder vereinigt sind, die sich zur Notwendigkeit der Völkerverständigung bekennen. Ueber diese Tagung bringt das Juli-Heft der „Neuen Generation“ einen interessanten Bericht von Helene Stoecker, die zwar die Ergebnisse des Kongresses äußerst kritisch bewertet, die aber immerhin meint, daß auch in diesem Kreise „dem Kampf für unsere Ideale (für den Weltfrieden!) ein Fuß breit Raum gegönnt wird“. Und da man „mit der Avantgarde allein nicht siegen“ könne, begrüßt sie dies.

Wirklich, kaum ein Fuß breit Raum für eine entschlossene Friedensarbeit! Der Tagungsort, in dem faschistisch regierten Ungarn gologen, gab den Verhandlungen das Gepräge. Der Kongreß-Vorsitzende, Herr Berzeviczy, war erst kurz vor dem Kongreß dem Penklub „sozusagen von der Regierung aufoktroiert“ worden, weil er ihr genehm war. Kein Wunder, daß er den Standpunkt vertrat, der Dichter müsse aus der Politik entfernt werden, daß er ihn aber gleichzeitig zum „Diener der jeweils herrschenden politischen Macht“ machen wollte. Er soll also gerade politisch wirken — aber nicht frei nach seinem Gewissen, sondern nur für die herrschende Macht.

Offenbar weil zu befürchten war, daß dieser Standpunkt von manchen Kongreßteilnehmern nicht gebilligt wurde, durfte auf dem Kongreß — wie der Vorsitzende des Penklubs, der englische Dichter Galsworthy, gleich zu Be-

Schwankende Haltung des Zentrums gegenüber NS.

Hirtsiefer führte am Freitag in Köln u. a. aus: Das Verhalten der Nationalsozialisten im Landtag sei oft ohne Beispiel gewesen. Dagegen seien die Kommunisten zart besaitete Pensionatsinsassen gewesen.

Unter gar keinen Umständen käme für das Zentrum eine Koalition mit den Nationalsozialisten in Frage. Das Zentrum werde seinen geraden Weg gehen. Es lasse sich nicht bange machen. Die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen werde die preußische Regierung niemals zulassen.

zumal die beiden Voraussetzungen hierfür nicht vorlägen. Preußen habe sich gegenüber der Reichsregierung absolut loyal verhalten. Man werde das auch in Zukunft tun. Die finanziellen Verhältnisse seien bereinigt worden. Was die Ruhe und Ordnung im Land anbetraf, so verwies Hirtsiefer darauf, daß Preußen ernste Vorstellungen bei der Reichsregierung gegen die Aufhebung des Uniformverbots erhoben habe.

Zu der scharfen Ablehnung einer Koalition mit den NS haben vielleicht neuere Erfahrungen mit den NS beigetragen; wir denken hier weniger an die Morde — diese Tätigkeit der SA ist alt — als an den nationalsozialistischen Antrag gegen den Polizeipräsidenten Weiß.

Vor einigen Wochen noch hat die preußische Zentrumsfraktion sich wesentlich freundlicher gegenüber den NS verhalten (in der Landtagssitzung vom 24. Juni). Damals enthielt sich das Zentrum der Stimme, als es darum ging, ob die

50 schwebenden Strafverfahren gegen NS-Abgeordnete eingestellt werden sollten. Das Zentrum enthielt sich, obwohl sein Sprecher die unterschiedslose Einstellung sämtlicher Strafverfahren als ein „Stück Korruption“ bezeichnet hatte. Und Lauscher setzte sich dann mit den Nazis auseinander, wobei er durchblicken ließ, unter welchen Bedingungen das Zentrum koalitionsbereit sei, und wobei er es als „spezielle Mission seiner Partei“ bezeichnete, „Brücken und Wege zu bauen“.

Wir glauben nicht, daß Hirtsiefer über die Beziehungen des Zentrums zu den NS das letzte Wort gesprochen hat — zumal der Antrag gegen Weiß zurückgezogen worden ist. Wir sind überzeugt, daß das Zentrum die Konfessionalisierung der Schule nicht scheitern lassen wird an einer Scheu, mit einer verkommenen Partei eine Koalition einzugehen.

Zu Hirtsiefers Erklärung, daß seine Regierung einen Reichskommissar in Preußen nicht zulassen werde, wäre es interessant gewesen, zu erfahren, was die preußische Regierung gegen die Ernennung eines Reichskommissars zu unternehmen bereit ist.

Nazis und Schleichers-Kabinetts.

Der einzige Mann des Kabinetts, den die Nationalsozialisten auch ohne Abzeichen anerkennen, sei der Reichswehrminister Schleicher, der Mann, hinter dem die deutsche Reichswehr mit 100 000 Mann stehe.

(Kube am Freitag abend in Königsberg.)

Die Beerdigung der Opfer von Siemensstadt

findet am Dienstag um 17.30 Uhr auf dem Friedhof in Spandau statt.

Da die Eisenerne Front ihren Lustgarten-Aufmarsch erst auf 20 Uhr angesetzt hat, ist es auch den Teilnehmern an diesem Aufmarsch möglich, an der Trauerkundgebung in Spandau teilzunehmen. Es kommt darauf an, sie zu einer eindrucksvollen gemeinsamen Demonstration der Berliner Arbeiter aller Parteirichtungen zu machen.

Tretet an zu einer Kundgebung der Solidarität!

In Marne (Dithmarschen) wurde am Freitag der Sarg des ermordeten Kommunisten Bauer von sechs „Reichsbanner“-Genossen und sechs Genossen der „Antifaschistischen Aktion“ zu Grabe getragen. Am Grabe sprachen ein kommunistischer und ein sozialdemokratischer Funktionär.

Ein dreitägiges Demonstrationsverbot (bis zum 19. Juli einschließlich) haben das Polizeipräsidium und die Amtshauptmannschaft Leipzig erlassen, weil die Polizei in letzter Zeit überanstrengt worden sei.

Wahlparole des „Stahlhelms“: Entweder NSDAP oder DNVP.

Wo die Nazis Exmittierungen verhindern!

Bei Frau von Ihne, in der Viktoriastraße, einem der vornehmsten Wohnviertel Berlins, sollte die wertvolle Inneneinrichtung der Wohnung auf Antrag eines Gläubigers versteigert werden. Uniformierte SA suchte die Versteigerung zu verhindern. Das Ueberfallkommando nahm sechs NS fest. Das Landgericht setzte, einer Beschwerde von Frau von Ihne nachgebend, die Versteigerung aus.

Ein Fall, in dem Nazis die Exmittierung mittelloser Proletarier verhindert hätten, ist uns nicht bekanntgeworden.

Eine Ehrung für Gumbel

muß man auch darin erblicken, daß der Vorsitzende der sogenannten Deutschen Studentenschaft, die am Sonnabend ihre Königsberger Tagung beendete, Gumbel neben Dehn und Nawiaski in die Reihe der „moralisch, sittlich und national nicht qualifizierten Dozenten“ einreihete. Das ist bei dem Nationalismus und der „Sittlichkeit“, die jenen Studententag beherrschten, in der Tat eine Ehrung.

Der Vorsitzende der Deutschen Studentenschaft trug im übrigen ein Programm von „Reformen“ vor, die zunächst an der Universität Rostock mit Genehmigung des mecklenburgischen Nazi-Ministeriums durchgeführt werden sollen: das Recht der Verhängung der schwersten Strafen (wie Verweisung von der Hochschule) sollen nicht mehr wie bisher Rektor und Senat haben, sondern eine rein studentische Kammer. Man muß bei der Beurteilung dieser „Reform“ die fortschreitende Nationalsozialisierung der Studentenschaft berücksichtigen. Weiter wird gefordert — und soll in Rostock durchgeführt werden —, daß die Studentenschaft das Recht haben soll, gegen „moralisch, sittlich und national nicht qualifizierte Dozenten“ ein Veto einzulegen — das wohl den „Anträgen“ der NS, vor allem dem gegen Frau Weiß, ähneln wird.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Braunschweig: Freitag, 22. Juli, 20.15 Uhr. Thema: Mobilisierung der Arbeiterwähler.

Frankfurt/Main: Mittwoch, 20. Juli, 20.15 Uhr. Thema: Die Reichstagswahl und das klassenbewußte Proletariat.

Köln: Freitag, 20. Juli, 20.15 Uhr, Coloniahaus, Aachener Str. 5, I. Thema: Schluß mit dem Arbeitermord! Wer schafft die Abwehrfront?

Köln-Deutz: Donnerstag, 21. Juli, 20.15 Uhr, Lokal Arenz, Siegburger Str. 60. Thema: Schluß mit dem Arbeitermord! Wer schafft die Abwehrfront?

Köln-Sülz: Montag, 18. Juli, 20.15 Uhr, im Jugendheim, Zülpicher Str. 217. Thema: Schluß mit dem Arbeitermord! Wer schafft die Abwehrfront?

Freie Aussprache! Eintritt freil

Magdeburg: Mittwoch, 20. Juli, 20 Uhr, im Lokal P. Bleck (früher Lichteck), Knochenhauerufer 27/28. Thema: Wer sabotiert die Einigung der Arbeiter? Röder: Julius Philippson, Berlin; Eintritt 20 Pf., Erwerbslose 10 Pf.

ginn sagte — „kein Wort von Politik fallen“. Das sagte er, nachdem gerade vorher der italienische Delegierte, Marinetti, in seiner Ansprache Grüße von Mussolini und dem „heutigen faschistischen Italien an die ungarische Nation“ überbracht hatte! Toller aber, der darauf hinwies, daß man geistige Probleme nicht ohne Verbindung mit der Politik behandeln könne, wurde das Wort entzogen, weil er nicht „zur Tagesordnung“ spreche. Er verließ die Tribüne mit der berechtigten Frage: „Sind wir hier in einem Touristenverein oder in einer Gemeinschaft geistig freier Menschen?“

Bei der Behandlung des Themas: „Freiheit des Schrifttums“ wurde zwar der Beschluß gefaßt, international gegen die Zensur und gegen die Einengung des freien Schrifttums zu kämpfen, aber der Vorschlag, nun in Konsequenz dieses allgemeinen Beschlusses öffentlich für den Schriftsteller Carl von Ossietzky einzutreten, der nur wegen seiner Kritik am Luftflugzeugetat auf anderthalb Jahre ins Gefängnis kam, wurde nicht aufgegriffen.

Die zweite Hauptfrage, die zur Debatte stand, war die: „Wie kann der Schriftsteller für den Frieden wirken, außerhalb der Politik?“ Es ist bezeichnend, daß nur wenige Stunden der Erörterung dieses zentralen Problems galten — bei einer Tagung, die acht volle Tage dauerte und bei der u. a. Zeit für Bankette, Rundfahrten durch die Stadt, Dampferfahrten auf der Donau, Ausflüge, eine Galavorstellung in der Oper, Empfänge beim Ministerpräsidenten in Hülle und Fülle vorhanden war. Der faschistische Reichsverweser Horthy, der selber die Empfänge der Delegationen vornahm, wollte offenbar dafür sorgen, daß im Glanz der Feste der faschistischen Hauptstadt jeder Ansatz einer ernsteren Arbeit für die Völkerverständigung erstickt wurde. „Eine fuchtbare Erörterung kam seltsamerweise — war es kluge Regie hinter den Kulissen? — ... nicht zustande.“ Erstickt werden sollte

gewiß auch jede Bekanntschaft mit der auch in Ungarn vorhandenen großen Not des Volkes. Helene Stoecker schreibt dazu: „Einer verhältnismäßig kleinen Anzahl von Familie gehört noch heute der größte Teil des Bodens. Die Niederschlagung der kommunistischen Revolution 1919 ist mit all jener Grausamkeit erfolgt, mit der in aller Geschichte bisher eine Gegenrevolution stets den Aufruhr gegen alte Autoritäten gerächt hat. Normale Zustände sind noch keineswegs zurückgekehrt. Jeder Versuch einer Befreiung und Auflehnung wird schon im Keime erstickt. Die wirtschaftliche Not ist groß. Vor den großen Hotels am schönen Donaukai saßen auf den Bänken — als schmerzliche Anklage — Scharen von Bettlern. Vor kurzem gab es Streik um die sozialdemokratische Zeitung „Nepszava“. Bauern, die man als Anhänger entdeckt, sind großen Gefahren, ja Folterungen ausgesetzt. Wollen die sozialistischen Abgeordneten in ihren Wahlbezirken sprechen, so zieht schon die Verteilung der Einladungen zu einer solchen Versammlung Strafen nach sich. Ein junger Arzt ist wochenlang unter dem Verdacht, die Bauern „organisiert“ zu haben. Für diesen Verdacht allein kann er auf viele Jahre ins Gefängnis kommen — wenn es nicht gelingt, Gnade für ihn zu erwirken.“

Der Schluß, der sich aufdrängt: In einem faschistischen Lande ist kein Boden für einen Kongreß, der fruchtbare internationale Arbeit leisten will. Dazu war allerdings nicht erst die neue Erfahrung nötig; das hätten die verantwortlichen Personen im Penklub sich vorher sagen und ihre Tagung an einen Ort legen können, der bessere Möglichkeiten für die Arbeit für Frieden und Freiheit bietet. Um solche Ueberlegungen anzustellen, muß man für diese Ziele allerdings nicht nur schwärmen, sondern sie verwirklichen wollen. Nur im bewußten und organisierten Kampf gegen den Faschismus und jede nationalistiche Verhetzung wird der Völkerverständigung der Boden bereitet.

Unternehmer-Stimmen.

1. Schwerindustrie:

Allen Gewalten zum Trotz sich erhalten!

Der „Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen“, kurz „Langnamverein“ genannt, konnte im vergangenen Jahr auf sein 60jähriges Bestehen zurückblicken. Er verzichtete, „dem Ernst der Lage entsprechend“ (ist den Herren doch nicht ganz wohl?) auf eine Feier und gab statt dessen eine Schrift heraus: „Der Verein mit dem langen Namen, Geschichte eines Wirtschaftsverbandes.“

Welche besonderen Verdienste werden in der Schrift dem genannten Verein nachgerühmt? Er hat um den Zollschatz für die gesamte deutsche Produktion gekämpft, hat sich „der wichtigsten Aufgabe eines deutschen Unternehmers“ angenommen: die deutsche Wirtschaft vor der revolutionären Psychose und marxistischen Wirtschaftsauffassung zu retten, hat eine entscheidende Rolle im Ruhrabwehrkampf gespielt und ist für vertrauensvolles Zusammengehen von Industrie und Landwirtschaft (lies: Schwerindustrie und Großgrundbesitz) eingetreten.

Nachdem der Verfasser den Glanz der früheren „herrlichen“ Zeiten genügend beleuchtet hat, schildert er die „freischaffende, in trotzigem Selbstbewußtsein entfaltete Persönlichkeit“ des deutschen Unternehmers.

Haben dem Verfasser bei dieser Schilderung vielleicht die Herren Lahusen, Katzenellenbogen, Flick und Anhang vorgeschwebt?

Wie findet sich der bedauernswerte deutsche Unternehmer aus der herrlichen Vergangenheit in die Gegenwart hinein? Er hat tapfer und ritterlich standgehalten, die Welle des marxistischen Sozialismus abgeschlagen und bis heute das Schlachtfeld behauptet. „Das war ein Schicksal, dem wohl nur der deutsche Unternehmer in seiner Zähigkeit und Energie gewachsen war.“ Ausgeplündert durch den äußeren und inneren (?) Feind, hat er immer fest auf vaterländischem Boden gewurzelt und sich allen Gewalttaten zum Trotz zu erhalten gewußt. — Warum sollte er auch nicht den Staat, der ihn so liebevoll unterstützt, gern mit seinen vaterländischen Gefühlen beglücken? Denn es ist ja anders, als der „Langnamverein“ behauptet: Der Staat hat bisher bankrotte Unternehmer allen Gewalten zum Trotz zu erhalten gewußt! L. G.

2. „Undank ist der Welt Lohn“.

In der „Berliner Börsenzeitung“ Nr. 313, vom 7. Juli, lesen wir unter der Überschrift „Lastenfreie Millionäre“: „Hohes Einkommen wird doch nur dann zu einem Widersinn, wenn es ohne entsprechende Gegenleistungen bezogen wird.“

Für fast jeden Beruf läßt sich feststellen, daß neben dem Durchschnittsgehalt der Vielen das hohe Einkommen der Einzelnen steht, und überall läßt sich erkennen, wo der Anspruch dieser Einzelnen beginnt, auch wenn — wie bei der Kunst — irrationale Werte in Frage kommen. Für jeden andern Beruf oder Erwerbszweig läßt man dies gelten, — nur für die Wirtschaftsführer nicht. Und doch ist gerade bei ihnen die Beziehung zwischen Leistung und Allgemeinnutzen besonders augenfällig.

Wo wäre denn die deutsche Wirtschaft nach einem verlorenen Kriege und einer jahrelang einseitig von Parteitheorien bestimmten Politik geblieben ohne die Wirtschaftsführer?

Daß zahlreiche Unternehmungen zusammengebrochen sind, sagt nicht das geringste dagegen. Im Gegenteil, es ist ein Beweis dafür, wie ungeheuer die Last und wie hart der Kampf war, die von den Wirtschaftsführern getragen und durchgeführt werden mußten. Das Zusammenwirken von Widerständen war so schicksalhaft groß, daß nur zu Spitzenleistungen befähigte Männer das Schiff vor dem Strudel erretten konnten, und zum Dank dafür bestreitet man gerade ihnen das Recht auf Anerkennung auch in materieller Hinsicht.“

3. Verarbeitende Industrie gegen Subventionspolitik.

Der große Ausschuß des Eisen- und Stahlwarenindustrieverbandes hat kürzlich auf seiner Tagung im Wuppertal zu dem Eindringen des Staates in die Wirtschaft Stellung genommen. Der Bürokratismus wurde als das größte Uebel bezeichnet, das einer Wirtschaft zustoßen könne. Der Vorsitzende und Geschäftsführer untersticht die ablehnende Haltung der verarbeitenden Industrie gegenüber der staatlichen Subventionspolitik im Fall Flick.

Bleibt es nur bei Worten?

4. Verarbeitende Industrie gegen übermäßige Agrarzölle.

Der Verband Deutscher Fahrradteile-Fabrikanten hat auf seiner Jahreshauptversammlung am 13. Juli einstimmig die folgende Entschliebung gefaßt:

„Der Verband Deutscher Fahrradteile-Fabrikanten verfolgt die handelspolitische Entwicklung der letzten Zeit mit der allergrößten Besorgnis.

Maßnahmen des Auslandes auf dem Gebiete der Zollpolitik hatten zur Folge, daß die Ausfuhr unseres Industriezweiges von 50 Millionen Mark im Jahre 1928 auf 32 Millionen Mark im Jahre 1931 gesunken ist.

Diese Schrumpfung der Ausfuhr hat sich im Jahre 1932 mit erschreckender Schnelligkeit fortgesetzt, wie die Ausfuhrziffern der ersten fünf Monate des Jahres 1932 beweisen. — In dieser Zeit ist die Ausfuhr um weitere 47 Prozent gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres gesunken, wodurch wiederum mehrere tausend Arbeitskräfte freigesetzt worden sind.

Neben den schon erwähnten Maßnahmen anderer Länder trägt die

Schuld an dieser Entwicklung in erster Linie eine deutsche Handelspolitik, die einseitig auf einen Zollschatz der deutschen Landwirtschaft eingestellt ist

und aus diesem Grunde zu einer Trübung der Beziehungen zu unseren besten Abnehmerländern, wie Dänemark und Holland geführt hat. Diese unheilvolle Entwicklung wird sich mit Riesenschritten fortsetzen, wenn nicht die Reichsregierung eine Verständigung mit unseren besten Abnehmerländern

sucht und in der Handelspolitik den Interessen unserer Ausfuhr-Industrie weit mehr Rechnung trägt als bisher. Unser Industriezweig wiederholt in später Stunde nochmals diese Warnung.“

Bleibt es nur bei Worten?

5. Verarbeitende Industrie für Arbeitszeitverkürzung und Hebung der Massenkaukraft.

Der württembergische Industrielle Robert Bosch, der unter anderem dadurch bekannt ist, daß sein Betrieb schon vor dem Kriege den Achtstundentag eingeführt hat, schreibt in der Zeitschrift „Pancuropa“:

„Wenn man darangehen will, alle Menschen an die Arbeit zu bringen, so wird man in erster Linie sich überlegen müssen: Kann man anstatt der heute üblichen 2400 Stunden eine kürzere Arbeitszeit einführen, also etwa 1800 Stunden jährlich?“

„Zweck der Herabsetzung (der Arbeitszeit) ist neben der moralischen Wirkung der Beschäftigung aller die Schaffung höherer Kaufkraft.“

Dieser Zweck wird erreicht dadurch, daß alle verdienen. Ob man künftig, das heißt bei der Sechsstundenschicht, denselben Lohn bezahlt wie bisher, scheint mir nicht ausschlaggebend. Herabsetzung der Warenpreise, wenn sie wirklich durchgeführt wird, hat denselben Erfolg:

Das Verhältnis Lohnhöhe: Warenpreis ist ausschlaggebend. Vor allem: Lohnhöhe oder Höhe der tatsächlich ausbezahlten Lohnsumme, nach Abzug von Steuer- und Soziallasten, im Verhältnis zu der Höhe der Kosten des Lebensstandards, ist das Ausschlaggebende.“

Bleibt es nur bei Worten?

Warum ist Belgien verhältnismäßig krisenfest?

In Belgien stieg nach einem Bericht der „Belgischen Nationalbank“ der Lohnindex von Oktober 1928 bis zum November 1929 um 27 Prozent, der Kleinhandelspreisindex nur um 8 Prozent. Die Kaufkraft des Geldlohns war also erheblich gestiegen.

In der Zeit von 1929 bis zum April 1932 sind die Lebenshaltungskosten um 22, die reinen Ernährungskosten um 38 Prozent zurückgegangen. Die Lohnsenkungen seit dem Höchststand der Löhne im Juli 1930 machten aus:

Bergbau	29,3 %	bis Juni	1932
Steinbruch	14—19 %	bis April	1932
Papierfabriken	14—18,4 %	bis März/April	1932
Druckereien u. Buchbindereien	15,5 %	bis April	1932
Holzindustrie	18 %	bis April	1932
Schokoladenfabriken	19 %	bis Mai	1932
Maschinenbau	16,3 %	bis März	1932

In Belgien hat also die Senkung der Löhne mit der Senkung der Lebenshaltungskosten und insbesondere der Ernährungskosten wenigstens bis zum Frühjahr nicht Schritt gehalten, die Kaufkraft der beschäftigten Arbeiter in Belgien ist also bis dahin gestiegen — abgesehen von den Bergarbeitern.

Vergleichen wir dazu folgenden Bericht in den „Vierteljahrsheften zur Konjunkturforschung“ (1932, Heft 1, Teil A, Seite 2): „In Belgien hat sich hingegen (im Gegensatz zu anderen Ländern) der Rückgang (der Produktion) etwas verlangsamt. Da auch die Einfuhr sich besser gehalten hat als die Ausfuhr, kann auf eine

verhältnismäßig hohe Widerstandskraft der Binnenmärkte geschlossen werden.“

Die hohe Widerstandskraft des Binnenmarktes ist uns verständlich, nachdem wir oben gehört haben, daß die Lebenshaltungskosten stärker gesunken sind als die Geldlöhne.

Daß die Lebenshaltungskosten stärker gesunken sind, ist zweifellos eine Folge der verhältnismäßig liberalen Außenhandelspolitik Belgiens, die ja neuerdings im Abschluß des Belgisch-Holländischen Zollabkommens einen neuen Ausdruck gefunden hat.

Nachdem nun durch die Streikbewegung eine weitere Lohnsenkung in Belgien vorläufig bis zum November verhindert ist, hat Belgien alle Aussicht, als eines der ersten Länder aus der schlimmsten Wirtschaftskrise herauszukommen. L. G.

National-sozialistische Konsumvereine.

In Nr. 153 des „Funken“ haben wir unter der Überschrift „Saure Gurkenzeit?“ einen Aufruf wiedergegeben: es gäbe neue saure Gurken aus deutscher Erde erst im Juli; deutsche Frischgurken aus deutscher Ernte, ausschließlich in deutschen Einlegereien hergestellt, seien heute noch so knackfest und frisch wie am ersten Tag. — Wir wiesen nach, wie wenig knackfest diese Behauptungen sind, daß diese nationalsozialistischen Gurkenverkäufer sich also lediglich lächerlich machen.

Zu unserem Bedauern erfahren wir, daß die von uns erwähnten Plakate seit einiger Zeit auch in den Ausgabestellen des Hannoverschen Konsumvereins hängen. Der Protest eines unserer Leser bei einem Lagerhalter ergab, daß diese Plakate von der Konsumvereinszentrale an die Verteilungstellen gesandt sind, und daß die Lagerhalter verpflichtet sind, diese Plakate auszuhängen. — Wie wir ferner erfahren, hängen diese Plakate auch in den Bielefelder Konsumläden aus.

Singen diese Konsumvereins-Funktionäre noch die „Internationale“ oder singen sie: „Deutsche Gurken über alles, über alles in der Welt?“ —t.

SOWJET-UNION

Wieder erstandene Handelsmesse: Im August wird nach mehrjähriger Unterbrechung die große russische Handelsmesse in Nishni-Nowgorod zum erstenmal wieder stattfinden. Sie war nach Beendigung der Periode der Neuen ökonomischen Politik abgeschafft worden. — Die Wiedereröffnung ist ein deutliches Symbol für den neuen Kurs.

Subventionsseuche wühlt in Deutschland.

Ein Krankheitsbild in Zahlen.

Die folgende Liste von Subventionen der deutschen öffentlichen Hand entnehmen wir der Schrift: „Kapitalistisches Wirtschaftschao oder sozialistische Planwirtschaft?“ von Kurt Mendelsohn. Die Liste umfaßt nur die größeren bekannt gewordenen Subventionen der letztvergangenen Jahre; der Verfasser macht keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit!

Unternehmen beziehungsweise Unternehmungs-zweig	Betrag der Subvention in Mill. Mk.	Form und Träger der Subvention
Montanindustrie:		
Oberschlesische Hüttenwerke A.-G.	36,0	Zinsloser Kredit von Reich und Preußen (1926), 20 Millionen Zinsopfer, mindestens 18 Millionen Kapitalverzicht
Niederschlesische Bergbau A.-G.	11,0	Kreditgarantie von Reich und Preußen, Zinszuschüsse auf 4 Jahre in voraussichtlicher Höhe von 2 Millionen Mark
Pleiß'sche Werke	2,0	Kreditgarantie von Reich und Preußen
Gebrüder Mannesmann	9,5	Bürgschaftsverluste des Reichs
Röchling-Konzern	37,0	Kredit von Reich und Preußen (hiervon ca. 15 Millionen zurückgezahlt)
Mansfeld A.-G. (Kupferbergbau)	ca. 16,0	Verlorene Zuschüsse und Darlehn von Reich und Preußen (vom Juli 1930 bis Ende 1932 bewilligte Beträge)
Gewerkschaft Mechnischer Werke (Bleibergbau)	ca. 4,0	Zuschüsse und Kreditgarantien von Reich und Preußen
Rheinisch-Westfälische Schwerindustrie, Siegerländer Erzbergbau	ca. 10,0	Verlorene Zuschüsse von Reich und Preußen.
Ruhrbergbau	ca. 25,0	Befreiung von den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung für die Untertagearbeiter durch die Dritte Notverordnung
Bonzol-Verband	ca. 40,0	Zollsubvention durch Nie-drighaltung der inländischen Steuer
Chemie:		
I. G. Farbenindustrie A.-G.	ca. 15,0	Zollsubvention durch Nie-drighaltung der inländischen Steuer
Vulkan-Werke, Stettin	ca. 3,0	Sondersubvention durch Steuerlaß bis Ende März 1932
Maschinen- und Fahrzeug-Industrie, Werften:		
Schichau, Elbing	ca. 7,0	Bürgschaftsverluste
Verschiedene Unternehmungen (Ostseewerft, Neptun, Nüske, Flender-Werft)	ca. 10,0	Sanierungsmittel bei Verstaatlichung
Junkers-Werke, Dessau	18,5	Zuschüsse und Kredite von Kommunen
Hannoversche Maschinenbau A.-G.	0,8	Bürgschaftsverluste des Reiches
Linke-Hofmann Werke, Breslau	9,0	Neue Kredite des Reiches
A. Borsig, Berlin	1,2	Kreditgarantie des Reiches
Union-Gießerei, Königsberg	1,0	Kreditgarantie von Hannover
Stoek Motorpflug	4,0	Kredit der Stadt Breslau
Traktoren-Industrie	15,0	Reichskredit
Sächsischer Auto-Trust	6,0	Bürgschaftsverlust vom Reich und Preußen
Stoewer-Werke, Stettin	1,1	Bürgschaftsverlust des Reiches
Kommick A.-G., Königsberg	1,7	Bürgschaftsverlust vom Reich und Preußen
Schiffahrt:		
Großreedereien	50,0	Bürgschaftsverluste des Reiches
Norddeutscher Lloyd und Hapag	70,0	Schiffbaudarlehn von 1926 (18 Millionen Zinszuschüsse des Reiches)
Bremer Oeltransport G. m. b. H. (Tankschiffbau)	11,8	Reichskredite beziehungsweise Reichsgarantie 1932 anläßlich der Sanierung
Textilindustrie:		
Leinenindustrie	7,0	Kreditgarantie des Reiches
Gebr. Elbers A.-G., Hagen	0,8	Bürgschaftsverlust der Stadt Hagen

DEUTSCHLAND

Verkoppelung von Inlandsgerste und Auslandsroggen: Die deutsche Getreidehandelsgesellschaft wird bis auf weiteres Inlandsgerste und Auslandsroggen an Viehzüchter frachtfrei liefern zu 16 Mark für den Doppelzentner Futtergemisch. Der Preis wird von Regierungseite als günstig bezeichnet. — Die Inlands- und Auslandspreise sind zur Zeit rund

	Inlandspreis	Auslandspreis
Roggen	18,10	6,90
Gerste	16,10	7,05

Gemessen an dem Preis, zu dem die ausländischen Viehzüchter Futtergetreide erhalten, ist also selbst der sogenannte „ermäßigte Preis“ unerträglich hoch!

Osthilfe in Bayern: Das Reichskabinett hat beschlossen, dem Reichspräsidenten eine Verordnung vorzuschlagen, durch die die Osthilfemaßnahmen auf die östlichen Gebiete Bayerns ausgedehnt werden. — Ein Preis für politisches Wohlverhalten?